

Aus:

Rosmarie Beier-de Haan (Hg.), *Zuwanderungsland Deutschland. Migrationen 1500–2005*, Berlin/Wolfratshausen: [Deutsches Historisches Museum](#)/Edition Minerva 2005, S. 120-133.

Mit freundlicher Genehmigung des Deutschen Historischen Museums. Aus urheberrechtlichen Gründen kann das Bildmaterial des Aufsatzes hier nicht mitveröffentlicht werden.

## **Die DDR, ein anderer deutscher Weg? Zum Umgang mit Ausländern im SED-Staat**

**Patrice G. Poutrus**

Dem proklamierten Selbstverständnis der SED-Führung zufolge hatte sich die DDR als Staat und Gesellschaft von der Entstehung jeglicher fremdenfeindlich oder rassistisch begründeter Diskriminierungen grundsätzlich abgekoppelt. Der darin von der Staatspartei für sich reklamierte Anspruch auf »gesellschaftlichen Fortschritt« durch den »Kampf gegen den Imperialismus«, also gegen den »kapitalistischen« Westen, war nicht nur ein ideologisches Etikett. Vielmehr war dies eines der Prinzipien, mit denen die SED ihren Herrschaftsanspruch in der DDR rechtfertigte.<sup>1</sup> Diese fundamentale Bedeutung verstärkte jedoch zugleich den Unwillen des SED-Regimes, sich im Grundsatz wie im Einzelfall mit den Schwierigkeiten im Zusammenleben von Deutschen und Ausländern bzw. Fremden auseinander zu setzen. Jüngere Forschungen zur Geschichte des Stalinismus berechtigen zu der Annahme, dass das Bild des »Klassenfeindes« auch mit ethnozentrischen bzw. rassistischen Inhalten aufgeladen werden konnte.<sup>2</sup> So war nicht das Postulat des Menschheitsfortschritts, sondern die dahinter liegende dichotomische Struktur des Klassenkampfes für den Umgang mit Fremden im »Arbeiter-und-Bauern-Staat« grundlegend. Wie im Folgenden gezeigt werden soll, war es unter Berufung auf den »proletarischen Internationalismus« durchaus möglich, im Alltag fremdenfeindliche Vorurteile bzw. nationalistische Stereotypen bedenkenlos zu benutzen.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Walter Ulbricht 1968 zur Begründung der neuen sozialistischen DDR-Verfassung, zitiert in Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Bonn 1988, S. 564.

<sup>2</sup> Dies belegen z.B. Unterdrückung und Deportation der Tschetschenen und Krimtataren während und nach dem Zweiten Weltkrieg, dazu: Jörg Baberowski, *Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus*, München 2003.

<sup>3</sup> Vgl. Christine Griese/Helga Marburger, *Zwischen Internationalismus und Patriotismus. Konzepte des Umgangs mit Fremden und Fremdheit in den Schulen der DDR*, Frankfurt a.M. 1995, bes. S. 115.

## Nationalsozialismus, Besatzung und Nationalismus in den Farben der DDR

Letztlich stand auch der SED-Staat in der Nachfolge des nationalsozialistischen Dritten Reiches. Von Beginn der SED-Herrschaft an war jedoch in der SBZ/DDR keine öffentliche Debatte darüber möglich, sondern es herrschte ein parteioffizieller Diskurs vor, der weniger der persönlichen Auseinandersetzung mit dem NS-Regime als der polemischen Abgrenzung vom Westen diente. De facto war die öffentliche Rede über den Nationalsozialismus identisch mit einer Brandmarkung der Bundesrepublik als ›klerikalfaschistisch‹, ›restaurativ‹ etc. – und das machte die Rede über den Nationalsozialismus an sich bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung unglaubwürdig.<sup>4</sup> Hinzu kommt, dass die drakonischen Säuberungen in der öffentlichen Verwaltung der SBZ während der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht nur ehemaligen Nazis galten, sondern sich in zunehmendem Maße gegen Gegner der kommunistischen Herrschaft richteten. Das schnelle Bekenntnis zur neuen ›antifaschistischen Ordnung‹ und zur SED konnte dagegen eine Möglichkeit bieten, den Systemwechsel zu mildern und persönliche Konsequenzen abzufedern.<sup>5</sup> An die Stelle offener Rede über die Zeit des Nationalsozialismus trat vierzig Jahre lang der Versuch, die DDR-Bevölkerung auf die Minderheitenperspektive der kommunistischen Widerstandskämpfer, die in radikaler Opposition zum Nationalsozialismus gestanden hatten, einzuschwören.<sup>6</sup> Es erscheint jedoch fraglich, ob die rassistischen und nationalistischen Stereotype der NS-Propaganda, die in der deutschen Bevölkerung zweifelsohne verbreitet waren, allein durch die gebetsmühlenartige Wiederholung des antifaschistischen Gründungsmythos der DDR tatsächlich aus dem Wertekanon der Bevölkerung getilgt wurden.

Zugleich ist auch zu fragen, wie die Erfahrungen und Prägungen aus der Zeit der NS-Herrschaft, die Erlebnisse mit ›Fremdarbeitern‹ während des Zweiten Weltkriegs und die traumatischen Erfahrungen in den Jahren der sowjetischen Besatzungsherrschaft mit den Aussagen der SED-Propaganda in Verbindung gebracht wurden.<sup>7</sup> Jedenfalls hat die SED während ihrer Herrschaft stets die historische Mitverantwortung der DDR für die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland bestritten und konsequenterweise auch – nach dem Ende der unfreiwilligen Reparationszahlungen an die

<sup>4</sup> Olaf Groehler, Antifaschismus – Vom Umgang mit einem Begriff, in: Ulrich Herbert/Olaf Groehler, *Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten*, Hamburg 1992, S. 29-40.

<sup>5</sup> Andreas Malycha, *Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953*, Paderborn 2000.

<sup>6</sup> Christoph Classen, Fremdheit gegenüber der eigenen Geschichte. Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten, in: Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003, S. 101-126.

<sup>7</sup> Vgl. Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Neuaufll. Bonn 1999.

Sowjetunion – keine Wiedergutmachungszahlungen geleistet.<sup>8</sup> Diese aus der Externalisierung der historischen Verantwortung abgeleitete Verweigerungspolitik konnte von der Bevölkerung auch als Freispruch der (ost-)deutschen Bevölkerung verstanden werden – ein attraktives Integrationsangebot gerade auch für diejenigen, die der SED eher fern standen.<sup>9</sup> Die Mehrheit der Deutschen hatte die NS-Diktatur aber eher als Unterstützer oder als Mitläufer erlebt, so dass schon früh eine Lücke zwischen den Erfahrungen und Einstellungen der Menschen und der Propaganda der SED entstand. Letztlich vermochte sich die Mehrheit der DDR-Bevölkerung »ohne Gewissenskonflikte und ohne große Brüche in ihrer bisherigen politischen Mentalität mit dem antifaschistischen Selbstverständnis des Staates zu arrangieren bzw. es selbst verinnerlichen.«<sup>10</sup> Konkret gefragt war Loyalität zur SED-Politik und Konformität im Alltag.

Die Zwanghaftigkeit des ›Antifa-Mythos‹ resultierte wesentlich aus dem ähnlich gelagerten Verhältnis der DDR-Bevölkerung zur Sowjetunion. ›Die Russen‹ kamen als fremde Sieger- und Besatzungsmacht, die ihr eigenes diktatorisches Herrschaftssystem mit Hilfe der deutschen Kommunisten in der SBZ implementierte. Aufgrund der Willkür der Verhaftungen und Einweisungen in die sowjetischen Speziallager war an eine offene politische Auseinandersetzung in der SBZ nicht zu denken.<sup>11</sup> Darüber hinaus waren für das Verhältnis zu den Russen in den ersten Jahren die Gewalterfahrungen gegen Kriegsende prägend, insbesondere die Massenvergewaltigungen von deutschen Frauen. Wilde Plünderungen, die Vertreibung aus den Ostgebieten<sup>12</sup> und die anhaltende Demontage wurden auch östlich der Elbe nicht gutgeheißen und schadeten schon früh dem Ansehen der als ›Russenpartei‹ geltenden SED.<sup>13</sup> Darüber hinaus bildeten sowjetische Soldaten und Zivilpersonen mit einer Gesamtzahl von über einer halben Million Menschen die größte Gruppe von Ausländern in der DDR. Durch ihre flächendeckende Präsenz gehörten sie beinahe 50 Jahre lang für einen sehr großen Teil der DDR-Bevölkerung zum Alltag. Nach jüngeren Schätzungen hielten sich zwischen 1945 und 1994 insgesamt etwa zehn Millionen Bürger der Sowjetunion bzw. ihrer Nachfolgestaaten als Soldaten, Zivilbeschäftigte der Streitkräfte oder deren Familienangehörige auf deutschem Boden

<sup>8</sup> Vgl. Constantin Goschler, *Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945*, Göttingen 2005, S. 361-412.

<sup>9</sup> Herfried Münkler, Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als politischer Gründungsmythos der DDR, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 45, 1998, S. 16-29.

<sup>10</sup> Jürgen Danyel, Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR, in: ders. (Hg.), *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*, Berlin 1995, S. 31-46.

<sup>11</sup> Vgl. Alexander von Plato (Hg.), *Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Studien und Berichte*, Berlin 1998.

<sup>12</sup> Zur Situation der Vertriebenen in der SBZ/DDR: Michael Schwartz, *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«. Integrationskonflikt in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945-1961*, München 2004.

<sup>13</sup> Vgl. Norman Naimark, *Die Russen in Deutschland. Die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1949*, Berlin 1997.

auf.<sup>14</sup> Verglichen mit den quantitativ deutlich kleineren Gruppen der Vertragsarbeiter, politischen Emigranten und ausländischen Studenten, stellten sie daher in der DDR gleichsam ›die Fremden‹ schlechthin dar.

Trotz 1954 proklamierter Souveränität verfügte die DDR in allen die Sicherheitspolitik und insbesondere die Stationierung sowjetischer Truppen betreffenden Fragen allenfalls über ein begrenztes Mitspracherecht, während letztere – zum Teil sogar im Gegensatz zu bestehenden bilateralen Verträgen – weiterhin Vorrechte aus der Besatzungszeit bis 1954 beanspruchten. Die Präsenz der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) und – falls für notwendig befunden – auch ihr gewaltsames Eingreifen spielte über Jahrzehnte eine elementare Rolle für die Stabilität der DDR wie des sozialistischen Systems im Allgemeinen. Die enge Kopplung an die Sowjetunion stellte für die SED ein Dilemma dar. Einerseits hätte sich die Einheitspartei ohne die Garantiemacht kaum halten können, andererseits war die Anwesenheit der ›Russen‹ in der DDR bis zu ihrem Ende ein Symbol für den ›Fremdherrschaftscharakter‹ des SED-Regimes. Doch die Dimension der Kontakte zwischen DDR und Sowjetunion, zwischen Deutschen und Russen, erschöpfte sich nicht in den offiziellen Freundschaftsritualen.<sup>15</sup> Vielmehr drangen Elemente der politischen und der Arbeitskultur der Sowjetunion in einem ambivalenten Prozess von Aneignung, Umformung und Ablehnung in das öffentliche Leben und den betrieblichen Alltag der DDR ein. Erhalten blieb aber auch das Paradox parallelen Zusammen- und Nebeneinanderlebens, von hermetischer Abschottung der sowjetischen Besatzungstruppen und oktroyierter Aneignung sowjetischer Arbeitsmethoden, von propagierter Fortschrittlichkeit des sowjetischen Gesellschaftssystems und erlebter Fremdheit und Rückständigkeit seitens der DDR-Bevölkerung.<sup>16</sup>

Folgt man jedoch den offiziellen Verlautbarungen der DDR, so hatte jede Form von Nationalismus im Arbeiter- und Bauern-Staat durch die »antifaschistisch-demokratische Umwälzung« ein Ende gefunden. Gleichwohl nutzte der SED-Staat während der gesamten Zeit seiner Existenz nationale Legitimationsmuster.<sup>17</sup> Bereits in der Ikonographie der frühen DDR mischten sich nationale mit sozialistischen Komponenten. Während Westdeutschland in der SED-Propaganda – an ältere anti-

<sup>14</sup> Kurt Arlt, »...stets wachsam zu sein im fremden Land!« Zum Selbstverständnis der sowjetischen Truppen in der DDR, in: Hans Ehlert/Matthias Rogg (Hg.), *Militär und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven*, Berlin 2004, S. 205-224, hier S. 209.

<sup>15</sup> Jan C. Behrends, Zwischen erfundener Freundschaft und erlebter Fremdheit. Das Sowjetunionbild in der DDR, in: Gregor Thum (Hg.), *Europas Osten in der Wahrnehmung der Deutschen*, Göttingen 2005 [in Vorbereitung].

<sup>16</sup> Christian Th. Müller, »O' Sowjetmensch!« Beziehungen von sowjetischen Streitkräften und DDR-Gesellschaft zwischen Ritual und Alltag, in: Christian Th. Müller/Patrice G. Poutrus (Hg.), *Ankunft – Alltag – Ausreise. Beiträge zur Geschichte von Migration und interkultureller Begegnung in der DDR-Gesellschaft*, Köln 2005, S. 17-134.

<sup>17</sup> Vgl. Ute Frevert, Die Sprache des Volkes und die Rhetorik der Nation. Identitätssplitter in der deutschen Nachkriegszeit, in: Arnd Bauerkämper u.a. (Hg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-Deutsche Beziehungen 1945–1990*, Bonn 1998, S. 18-31.

westliche und antiliberalen Elemente des deutschen Nationalismus anknüpfend – als »Kolonie des amerikanischen Imperialismus« angegriffen wurde, bezeichnete sich die Regierung der DDR als »wahrhaft deutsche Regierung«. Mit dem Appell an die nationalen Gefühle der Bevölkerung sollten die Zumutungen der kommunistischen Herrschaft überspielt und um Zustimmung zur eigenen Staatsgründung geworben werden. Als die sozialliberale Bundesregierung Ende der sechziger Jahre ihre Politik der innerdeutschen Annäherung startete und die einheitliche Kulturnation betonte, bemühte sich die SED-Führung mit einer Zwei-Nationen-Theorie um Abgrenzung. Zwischen der DDR als »sozialistischer Nation« und der Bundesrepublik als »bürgerlich kapitalistischer Nation« bestünden nicht nur grundlegende Unterschiede der Wirtschafts- und Sozialordnung, sondern in deren Konsequenz differierten auch psychisch-moralische Eigenschaften und Gefühle, Kultur und Geschichte beider deutscher Bevölkerungen.<sup>18</sup>

Das Kalkül der SED, mit dem Appell an das nationale Empfinden der DDR-Bürger gewissermaßen über einen Anker in der Gesellschaft zu verfügen, erfüllte sich allerdings nur teilweise. Unabhängig vom SED-Bemühen erhielt sich eine nationale ›deutsche‹ Identität in verschiedenen Abbildungsformen, bei Industriearbeitern etwa durch den Bezug auf die aus der Zeit vor 1945 tradierte ›Qualitätsarbeit‹.<sup>19</sup> Im ländlichen Bereich bemühte sich die Bevölkerung trotz der mit der Kollektivierung verbundenen Zumutungen, ihre Wertewelt von Bodenständigkeit und bäuerlichem Selbstbewusstsein zu erhalten.<sup>20</sup> Die patriotischen Gesten der SED gewannen dagegen nur an Glaubwürdigkeit, wenn sie mit der etablierten Vorurteilsstruktur der Bevölkerung korrespondierten. Hilflos gegenüber der Allgegenwart des Westfernsehens und der wirtschaftlichen Überlegenheit der Bundesrepublik versuchte die Staatspartei durch den Vergleich mit den sozialistischen Bruderländern bzw. den Verweis auf die eigene Spitzenstellung (hinter der Sowjetunion), Punkte zu sammeln. Insbesondere in Krisensituationen war die Parteiführung auch bereit, ungeniert antipolnische Stereotype zu bedienen. Auch bei ihrem Bemühen um nationale Legitimation stand die SED vor dem Dilemma, entweder den sozialistischen Gehalt ihrer Herrschaftspraxis zurückzustellen oder aber mit ihrer Ideologie in Isolation von der Bevölkerung zu verharren.<sup>21</sup>

<sup>18</sup> Zitiert bei Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Revolution und Stabilität in der DDR*, Frankfurt a. M. 1992, zitiert nach Reihenfolge: S. 110, S. 277f., S. 279.

<sup>19</sup> Alf Lütke, »Helden der Arbeit« – Mühen beim Arbeiten. Zur missmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Hartmut Kaelble u.a. (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 188-213.

<sup>20</sup> Dagmar Langenhan, »Halte dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!« Kollektivierung der Landwirtschaft und bäuerlicher Eigen-Sinn am Beispiel Niederlausitzer Dörfer (1952 bis Mitte der sechziger Jahre), in: Thomas Lindenberger (Hg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln 1999, S. 119-165.

## Vom Umgang mit Ausländern im DDR-Alltag

Die Einreise von Ausländern in das Staatsgebiet der DDR war für die dort ansässige deutsche Bevölkerung wie auch für die Führung der herrschenden Staatspartei eine extreme Ausnahme, denn allgemein war die innere Mobilität in der DDR-Gesellschaft und die Migration in den SED-Staat – abgesehen von den bereits erwähnten sowjetischen Besatzungstruppen – über dessen vierzigjährige Existenz hinweg vergleichsweise gering. Im Gegensatz dazu war die Flucht aus der DDR – trotz erheblicher Schwankungen – ein Massenphänomen.<sup>22</sup> Zugleich setzte die staatssozialistische Diktatur mit ihrem allumfassenden Regelungsanspruch den rechtlichen Rahmen für den Aufenthalt von und den Umgang mit Ausländern, der jede Form und Gelegenheit des Kontakts zu Fremden ›offizielle‹, so wie das der SED-Staat mit allen sozialen Beziehungen zu verwirklichen suchte. »Ins Land gekommen sind Ausländer grundsätzlich nur auf Einladung von Organisationen, Parteien, der Gewerkschaft oder staatlichen Institutionen. Klar war, wer einlädt, wer das bezahlt, der Zweck des Aufenthalts und wann derjenige wieder geht«, beschreibt die DDR-Pfarrerin Dagmar Henke diese Wahrnehmung.<sup>23</sup> Kontakt und Umgang außerhalb der staatlich festgelegten Regeln waren nicht vorgesehen, häufig explizit verboten, zumindest aber unerwünscht. Staatsbürger verschiedener Nationen sollten sich der SED-Ideologie zufolge als ›Repräsentanten‹ ihrer jeweiligen Staatsvölker, quasi in diplomatischer Funktion, begegnen, nicht jedoch auf einer ›Von-Mensch-zu-Mensch-Basis‹. Die Botschaft der offiziellen Regelungswut war: ›Staatsbürgerschaft‹ war praktisch identisch mit ›Nationalität‹ und nicht nur von eminenter Wichtigkeit, sondern auch mit der Geburt permanent fixiert. Der Inter-Nationalismus stellte die Vorrangstellung der Nation in der DDR nicht infrage.<sup>24</sup>

### »Studieren im Freundesland«: Ausländische Studierende in der DDR

Man kann davon ausgehen, dass in der Zeit von 1951 bis 1989 zwischen 64 000 und 78 400 ausländische Studierende aus über 125 verschiedenen Staaten an akademischen Bildungseinrichtungen der DDR einen Abschluss erwarben und damit bis zu drei Prozent aller Hochschulabsolventen in die-

<sup>21</sup> Jonathan R. Zatlin, Polnische Wirtschaft, deutsche Ordnung? Zum Umgang mit den Polen in der DDR, in: Müller/Poutrus, *Ankunft – Alltag – Ausreise* (Anm. 16), S. 295-316.

<sup>22</sup> Siegfried Grundmann/Irene Müller-Hartmann/Ines Schmidt, Migration in, aus und nach Ostdeutschland, in: *Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme*, hg. im Auftrag der Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland) von Hansgünter Meyer, Berlin 1992, S. 1577-1609.

<sup>23</sup> Dagmar Henke, Fremde Nähe – nahe Fremde: Ein Beitrag zur Ausländerarbeit der Kirchen in der ehemaligen DDR, in: *Berliner Theologische Zeitschrift* 9, 1992, S. 119-132, hier S. 121.

<sup>24</sup> Andrzej Stach/Saleh Hussain, *Ausländer in der DDR. Ein Rückblick*, hg. v. d. Ausländerbeauftragten des Senats von Berlin, Berlin 1991.

sem Zeitraum stellten.<sup>25</sup> Seit den 1960er Jahren machten ausländische Studierende im Schnitt bis zu etwa sieben Prozent aller in der DDR lebenden Ausländer aus – wenn man die sowjetischen Streitkräfte (GSSD) nicht mitzählt. Die Verteilung der ausländischen Studierenden war aber in der DDR sehr unterschiedlich: So gab es 1989 zum Beispiel 1 200 ausländische Studierende aus 80 verschiedenen Ländern an der Humboldt-Universität zu Berlin, was 10 Prozent aller dort immatrikulierten Studenten entsprach.<sup>26</sup> Nicht alle ausländischen Studenten kamen aus sozialistischen Staaten, und genauso wenig waren all diejenigen aus der nichtsozialistischen Welt notwendigerweise kommunistische Sympathisanten. Zur international betriebenen Imagewerbung der DDR gehörte es auch, dass sie Studenten beinahe jeden Landes der Welt ermöglichte, an ihren Universitäten zu studieren. 1988 wurden über 13 400 Studenten aus 126 Ländern an DDR-Einrichtungen immatrikuliert, unter ihnen waren auch 103 Studierende aus den USA und vier aus dem Vatikan-Staat. Bezeichnend für die Veränderungen der DDR-Außenpolitik ist, dass die Zahl der arabischen Studenten zwischen 1959 und 1967 um 10 Prozent zurückging, der Prozentsatz der Studenten aus afrikanischen Ländern aber um 10 Prozent anstieg. Der Anteil der Studenten aus Asien, Westeuropa und Lateinamerika blieb dagegen in diesem Zeitraum relativ konstant.

Über all die Jahre hinweg waren die ausländischen Studierenden eine undeutlich konturierte, heterogene Gruppe. Obwohl die DDR-Repräsentanten das Ausländerstudium beharrlich als Ausdruck der sozialistischen Solidarität und des proletarischen Internationalismus darstellten, war es doch zugleich auch direkteren diplomatischen, politischen und handelspolitischen Zielen unterworfen. Ein entscheidendes und vielleicht einzigartiges Charakteristikum des Ausländerstudiums in der DDR war jedoch die Tatsache, dass der Staat für sämtliche Ausbildungskosten aufkam.<sup>27</sup>

Bevor ausländische Arbeitskräfte seit den späten 1960er Jahren in der DDR ankamen, stellten somit ausländische Studierende die größte Gruppe derjenigen Ausländer, die, anders als solche mit ständiger Aufenthaltserlaubnis oder Angehörige der sowjetischen Truppen, für einen begrenzten Zeitraum ihren Aufenthalt in der DDR nehmen durften. Trotz ihrer Heterogenität teilten ausländische Studierende zahlreiche, ihrem Status geschuldete gemeinsame Erfahrungen, die zwischen ihnen ein Gefühl der Solidarität entstehen lassen konnten, das kulturelle Barrieren und Grenzziehungen überwand. Im Gegensatz dazu wurden ausländische Studierende in Studentenwohnheimen möglichst in einer Etage untergebracht, und Studenten aus der DDR mussten sich häufig verpflichten, mit diesen

<sup>25</sup> Wenn nicht anders ausgewiesen, dann stammen alle Angaben in diesem Abschnitt aus: Damian Mac Con Uladh, »Studium bei Freunden?« Ausländische Studierende in der DDR bis 1970, in: Müller/Poutrus, *Ankunft – Alltag – Ausreise* (Anm. 16), S. 175-220.

<sup>26</sup> Vgl. Irene Runge, *Ausland DDR. Fremdenhaß*, Berlin 1990, S. 107.

<sup>27</sup> Roland Wiedmann, Strukturen des Ausländerstudiums in der DDR, in: Hans F. Illy/Wolfgang Schmidt-Streckenbach (Hg.), *Studenten aus der Dritten Welt in beiden deutschen Staaten*, Berlin 1987, S. 67-99.

keinen Kontakt zu pflegen. »Mit Studienkollegen durften wir fachliche Diskussionen führen, aber keine persönlichen Beziehungen aufnehmen.«<sup>28</sup>

Es steht außer Zweifel, dass die DDR vielen Menschen eine Hochschulausbildung ermöglichte, die diese Möglichkeit ansonsten niemals gehabt hätten. Die individuellen Bedürfnisse dieser Menschen jedoch wurden vom SED-Staat im Allgemeinen ignoriert. Trotz der Rhetorik des Internationalismus und der Solidarität sah dieser die ausländischen Studierenden vor allem als diplomatisches und handelspolitisches Kapital an. Die Verantwortlichen führten sich die unvermeidlichen sozialen Konsequenzen nicht vor Augen, die es haben musste, wenn jungen Studierenden über so viele Jahre hinweg erlaubt wurde, in der DDR zu leben, und sie ignorierten durchweg die Existenz rassistischer Einstellungen in der DDR-Gesellschaft. Zugleich entstand dadurch erneut der Raum für fremdenfeindliche Gewalttaten in der DDR-Gesellschaft. Obwohl es ausländischen Studierenden auf vielen Ebenen gelang, funktionierende Beziehungen mit den DDR-Bürgern zu knüpfen, lehnte die offizielle Politik binationale Heiraten mit Rücksicht auf die Entwicklungshilfepolitik der DDR ostentativ ab. Im Namen dieser Politik wurden binationale Paare und Familien auseinander gerissen. Das zerstörte letztlich nicht nur viele positive Beispiele interkultureller Verständigung in der DDR, es machte auch die Effekte zunichte, die die DDR sich vom Ausländerstudium erhofft hatte, und hier vor allem die Verbreitung eines positiven DDR-Bildes bei den Bürgern nichtsozialistischer Länder.

Weil die DDR sich bei der Entwicklung eines Systems von Nachkontakten mit den Absolventen sehr schwerfällig zeigte, ist es unmöglich, deren Lebensweg nach ihrer Studienzeit in Ostdeutschland anhand von DDR-Quellen nachzuvollziehen. Einiges weist jedoch darauf hin, dass viele Absolventen schlussendlich in Westdeutschland oder bei westdeutschen Firmen im Ausland Arbeit fanden. Ironischerweise hat so letztlich vielleicht gerade die BRD am stärksten vom Ausländerstudium in der DDR profitiert.

<sup>28</sup> Vgl. Bernd Bröskamp/Gabriele Jaschok/Andreas Noschak (Red.), *Schwarz-weiße Zeiten. AusländerInnen in Ostdeutschland vor und nach der Wende. Erfahrungen der Vertragsarbeiter aus Mosambik: Interviews – Berichte – Analysen*, hg. vom Informationszentrum Afrika e.V., Bremen 1993, S. 83.

## Asyl im Ausreiseland: Die »Polit. Emigranten«

Schon die erste Verfassung der DDR enthielt die formalrechtliche Möglichkeit für die Aufnahme von politischen Flüchtlingen in den SED-Staat. In der »sozialistischen Verfassung« von 1968, Artikel 23, wandelte sich dann allerdings das Asylrecht in der DDR sehr deutlich in eine reine Kann-Bestimmung.<sup>29</sup> Ohnehin existierte eine Rechtswegegarantie für die Asylsuchenden in solchen Fällen wie auch im allgemeinen Ausländerrecht der DDR nicht.<sup>30</sup> Die eigentlichen Entscheidungsträger waren die Führungskader der kommunistischen Staatspartei der DDR. Von Fall zu Fall waren das SED-Politbüro bzw. das Sekretariat des ZK der SED die zentralen, nichtstaatlichen Gremien, die über die Gewährung von Asyl bzw. über den dauerhaften Aufenthalt von Ausländern in der DDR entschieden. Von hier aus gingen die Anweisungen an das Ministerium des Innern und die anderen staatlichen bzw. nichtstaatlichen Institutionen. Die unmittelbare politische Kontrolle über diese Vorgänge übte entsprechend die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen aus.<sup>31</sup>

Bereits 1949 fand eine kleine Gruppe von Menschen aus dem damaligen Königreich Griechenland in der DDR eine Zuflucht. Diesen ersten Asylsuchenden folgte im Juni 1950 eine größere Anzahl griechischer Emigranten – insgesamt 700 Personen –, die nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Widerstandes im griechischen Bürgerkrieg in den SED-Staat einreisten. Bis 1961 fanden nach bisherigen Untersuchungen ca. 1 600 griechische Staatsbürger aller Altersgruppen im Auswanderungsland DDR ihr Asyl. Eine zweite, kleinere Gruppe von in der DDR aufgenommenen politischen Emigranten bildeten spanische Bürgerkriegsflüchtlinge, die zumeist aus Frankreich ausgewiesenen worden waren. Gemeinsam war beiden Gruppen, dass es sich bei den Aufgenommenen nicht einfach um humanitäre Opfer von inneren Unruhen oder um Verfolgte von Willkür und Gewaltherrschaft in den Herkunftsländern handelte. Sie waren vielmehr politische, meist kommunistische Gegner der jeweiligen Regime in Griechenland und Spanien. Sie sollten sich in der DDR auf künftige Aufgaben in ihrer Heimat vorbereiten.<sup>32</sup>

Diese Politik der Unterstützung von »fortschrittlichen Kräften« im »Kampf gegen den Imperialismus« spiegelte sich auch in der Ausbildung bzw. begrenzten Aufnahme von Mitgliedern und Funktionären der FLN während des algerischen Unabhängigkeitskrieges, des südafrikanischen ANC, der

<sup>29</sup> Vgl. Siegfried Mampel, *Die Sozialistische Verfassung der DDR. Text und Kommentar*, Goldbach 1997, S. 597f.

<sup>30</sup> Vgl. Heidemarie Beyer, Entwicklung des Ausländerrechts in der DDR, in: Manfred Heßler (Hg.), *Zwischen Nationalstaat und multikultureller Gesellschaft. Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1993, S. 211-227.

<sup>31</sup> Patrice G. Poutrus, Zuflucht im Ausreiseland. Zur Geschichte des politischen Asyls in der DDR, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2004, S. 355-378.

<sup>32</sup> Bernhard von Plate, Die Außenpolitik und internationale Einordnung der DDR, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hg.), *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz*, Bonn 1989, S. 589-604, hier S. 601f.

palästinensischen Befreiungsorganisation PLO und der namibischen SWAPO. Bis zum Fall der Berliner Mauer 1989 kam es auch zur Aufnahme verfolgter Einzelpersonen aus unterschiedlichsten Ländern. Hierbei galt wie auch sonst die Regel, dass vor allem Funktionäre bzw. als zuverlässig geltende Mitglieder der jeweiligen kommunistischen Parteien und so genannter Bündnisorganisationen aufgenommen wurden. Für diesen Personenkreis war es gegebenenfalls möglich, mit ihren Familien in die Emigration zu gehen. Die eigentlichen Spitzenkräfte der jeweiligen ›Bruderpartei‹ gingen jedoch häufig nach Moskau bzw. in die übrige Sowjetunion ins Exil.<sup>33</sup> Die letzte größere Gruppe von politischen Emigranten – bis zu 2 000 Personen – waren Chilenen, die nach dem blutigen Militärputsch gegen die Linksregierung von Präsident Salvador Allende Mitte der siebziger Jahre in der DDR Asyl suchten. Die individuelle Rechtlosigkeit von Asyl suchenden Ausländern in der DDR und ihre Abhängigkeit von den außenpolitischen Interessen der SED-Führung kontrastiert scharf mit der propagandistisch vorgestellten Bedeutung dieser Menschen für die SED-Herrschaft in den DDR-Medien. Der DDR-Bevölkerung wurden diese als Freiheitskämpfer und Objekte ihrer ›Solidarität‹ präsentiert, die eine neue Lebensperspektive in der DDR gefunden hatten.<sup>34</sup>

In Widerspruch zum inszenierten Bild von Völkerfreundschaft und Solidarität erschienen die politischen Emigranten gegenüber der DDR-Bevölkerung durch ihren politischen Status und die erhaltenen staatlichen Zuwendungen in hohem Maße als privilegierte Abgesandte der Staatspartei. Hinzu kam, dass die politischen Emigranten ihre Pässe aus dem Herkunftsland behielten und so ein reger Reiseverkehr über Westberlin nach Westeuropa zu anderen chilenischen Emigranten einsetzte. Für die DDR-Bürger jedoch blieb ›der Westen‹ weiterhin unerreichbar. Allerdings lässt sich zeigen, dass sich im Einzelfall sowohl Distanz zum Regime und Sympathie für die Fremden als auch die entgegengesetzte Haltung »eigen-sinnig« verbinden bzw. wechselseitig verstärken konnten.<sup>35</sup> Die Ablehnung der ›fremden‹ politischen Emigranten fand ihre Entsprechung aber auch in der Perspektive des SED-Staates. Gerade die offensiv demonstrierte und trotz allem faktisch noch relativ große Unabhängigkeit sowie ihre politischen Aktivitäten in den eigenen Organisationen machte die Chilenen zugleich auch zu einem Sicherheitsrisiko für die Überwachungsbehörden der DDR. Noch problematischer erschien für die SED und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), dass aus Chile erstmals nicht nur Kommunisten als politische Emigranten in die DDR einreisten, sondern auch Vertreter der gesamten *Unidad Popular* (Volksfront). So wandelte sich die Haltung der Sicherheitsorgane der DDR gegenüber den politischen Emigranten bald grundsätzlich. Während es am Beginn

<sup>33</sup> Patrice G. Poutrus, Mit strengem Blick. Die sogenannten »Polit. Emigranten« in den Berichten des MfS, in: Behrends/Lindenberger/Poutrus, *Fremde und Fremd-Sein* (Anm. 6), S. 205-224.

<sup>34</sup> Michael Stolle, Inbegriff des Unrechtsstaates. Zur Wahrnehmung der chilenischen Diktatur in der deutschsprachigen Presse zwischen 1973 und 1989, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51, 2003, S. 793-813.

<sup>35</sup> Jost Maurin, Die DDR als Asylland. Flüchtlinge aus Chile 1973–1989, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51, 2003, S. 814-831.

noch um den Schutz der Flüchtlinge vor weiterer Verfolgung ging, galten diese zunehmend entweder als potentielle Kandidaten für die Zusammenarbeit mit dem MfS oder als potentielle Feinde.<sup>36</sup> Auf sinnfällige Weise berührten sich hier die Erwartungen von Staatspartei und Bevölkerung gegenüber Ausländern im Allgemeinen und den politischen Emigranten im Besonderen.

Letztlich erwarteten der SED-Staat wie die Bevölkerung, dass die Fremden nicht als Individuen in Erscheinung traten, sondern sich widerspruchslos in die Alltagswelt der DDR einfügten. In nicht wenigen Fällen zogen chilenische politische Emigranten aus dem daraus für sie resultierenden politischen wie sozialen Anpassungsdruck die Konsequenzen. Diejenigen, die nicht resignierten oder zu keinem Arrangement bereit waren, kamen staatlichen Sanktionen meist zuvor, indem sie handelten wie schon viele DDR-Bürger vor ihnen und den SED-Staat in Richtung Westen verließen.<sup>37</sup>

#### Fremde Arbeitskräfte für den Sozialismus: Die Vertragsarbeiter

Die größte Gruppe von permanent in der DDR lebenden Ausländern – abgesehen von den sowjetischen Besatzungstruppen – bildeten die so genannten Vertragsarbeiter aus Vietnam, Mosambik und Angola, Kuba, Algerien, Ungarn und anderen sozialistischen Staaten, die auf der Grundlage von geheimen Regierungsabkommen in der DDR arbeiteten.<sup>38</sup> Während der Zeit ihres Aufenthalts unterlagen die Vertragsarbeiter einer »staatlich verordneten Abgrenzung«. In der offiziellen Propaganda galt der Aufenthalt der »ausländischen Werkstätigen« im Arbeiter- und Bauernstaat als »Arbeitskräftekooperation« im Rahmen der »sozialistischen ökonomischen Integration«: Durch »Arbeitskräftekooperation« – so der amtliche Terminus – sollte das unterschiedliche Entwicklungsniveau zwischen den sozialistischen Staaten ausgeglichen werden. Der Aufenthalt in der DDR sollte die vietnamesischen »Werkstätigen« auf die »künftige Arbeit beim Aufbau des Sozialismus« vorbereiten und galt entsprechend als staatlicher Auftrag, dem die »Entsandten« ihre persönlichen Interessen unterzuordnen hatten.<sup>39</sup> Untergebracht wurden die Vertragsarbeiter grundsätzlich kollektiv in Wohnheimen des Einsatzbetriebes. Die Ausstattung – »nach dem Prinzip der strengsten Sparsamkeit« – war exakt festgelegt. Fünf Quadratmeter pro Person, maximal vier Personen pro Raum, für 50 Personen ein Klubraum. Für die DDR galten die fremden Arbeiter als Sicherheitsrisiko: »Die

<sup>36</sup> Vgl. dazu Jens Gieseke, *Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90*, Berlin 2000, S. 304ff.

<sup>37</sup> Vgl. dazu Katharine Hite, »*When the Romance Ended*«. *Leaders of the Chilean Left. 1968–98*, New York 2000, S. 45.

<sup>38</sup> Einen Überblick über die Regierungsabkommen bietet: Sandra Gruner-Domić, Zur Geschichte der Arbeitskräftemigration in die DDR. Die bilateralen Verträge zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter (1961–1989), in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 32, 1996, S. 204–240.

<sup>39</sup> Vgl. Andreas Müggenburg, *Die ausländischen Vertragsarbeitnehmer in der ehemaligen DDR. Darstellung und Dokumentation*, hg. von der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, Berlin 1996, S. 81.

Gemeinschaftsunterkünfte sind so abzugrenzen, dass Ordnung und Sicherheit gewährleistet sind. Der Betrieb hat die durchgehende Einlasskontrolle zu sichern.« Die Unterbringung erfolgte nach Geschlechtern getrennt, auch Ehepartner hatten keinen Anspruch auf eine gemeinsame Wohnung. Übernachtungen von Bekannten waren nur »bei freier Bettenkapazität« für höchstens drei Nächte möglich, und um »illegalen Übernachtungen« beizukommen, veranstalteten besonders vietnamesische Gruppenleiter mit den deutschen Heimleitungen nächtliche Razzien.<sup>40</sup>

Aufgrund der Abschottung erfuhren die DDR-Bürger nur wenig über die Vertragsarbeiter. So hielten sich viele Gerüchte, etwa über die Bezahlung in Valuta bzw. aus Solidaritätsbeiträgen der DDR-Bürger. Dem staatlichen Misstrauen und der Segregationspolitik gegen die Fremden folgte nun Misstrauen seitens der Bürger. Im Betrieb waren die Vertragsarbeiter ihren deutschen Kolleg formal gleichgestellt. Dennoch blieben deutliche Barrieren zur deutschen Belegschaft. Schon im Regierungsabkommen mit Vietnam vom 11. April 1980 und der darauf beruhenden Rahmenrichtlinie für den Vertragsarbeitereinsatz vom 1. Juli 1980 war der Einsatz in Gruppen ab 50 vorgesehen. Als die DDR 1987 zum Masseneinsatz vietnamesischer Vertragsarbeiter übergang, wurden diese hauptsächlich in geschlossenen Kollektiven beschäftigt, meist in Extraschichten, mit denen die Planungsbehörden Versorgungsmängel zu beheben suchten.<sup>41</sup>

Die Vertragsarbeiter taten nun vornehmlich die Arbeit, für die sich kein DDR-Bürger und keine DDR-Bürgerin mehr fanden, monotone Maschinenarbeit, körperlich schwere Arbeit, Schichtarbeit. Aus Interviews mit Vertragsarbeitern geht hervor, dass auch mancher deutsche Kollege/Kollegin oder Vorgesetzte diese Hierarchie verinnerlichte.<sup>42</sup> Wenn Vertragsarbeiter gegen Anweisungen, die sie als diskriminierend empfanden, protestierten, drohten ihnen Vorgesetzte mit Polizei und Zwangsrückkehr wegen Verstoßes gegen die »sozialistische Arbeitsdisziplin«. Da die offizielle anti-rassistische Ideologie dieses Problem als Konsequenz kapitalistischer Gesellschaftsordnungen und damit als alleiniges Problem der »imperialistischen« Staaten, insbesondere der USA, interpretierte, war eine ernsthafte Auseinandersetzung mit rassistischen Stereotypen unmöglich. Entsprechende Vorfälle wurden in der kontrollierten Öffentlichkeit der DDR tabuisiert.<sup>43</sup>

<sup>40</sup> Helga Marburger (Hg.), »Und wir haben unseren Beitrag zur Volkswirtschaft geleistet« – eine aktuelle Bestandsaufnahme der Situation der VAN (Vertragsarbeitnehmer) der DDR vor und nach der Wende, Berlin 1993, S. 24.

<sup>41</sup> Vgl. Almuth Berger, Die Ausländerpolitik der DDR im Spannungsfeld von ideologischem Anspruch und Sicherheitsbedürfnissen, in: *Tagungsbericht Ausländerpolitik in der DDR am Beispiel der Vertragsarbeiter*, hg. von der Bundeszentrale für Politische Bildung, Berlin 1998, S. 6-11, hier S. 6.

<sup>42</sup> Vgl. Annegret Schüle, »Die ham se sozusagen aus dem Busch geholt« – Die Wahrnehmung der Vertragsarbeitskräfte aus Schwarzafrika und Vietnam durch Deutsche im VEB Leipziger Baumwollspinnerei, in: Behrends/Lindenberger/Poutrus, *Fremde und Fremd-Sein* (Anm. 6), S. 309-324.

<sup>43</sup> Vgl. Bröskamp/Jaschok/Noschak, *Schwarz-weiße Zeiten* (Anm. 28), S. 57.

Konflikte erwachsen aber auch aus einer wirtschaftlichen Konkurrenz zwischen Vertragsarbeitern und DDR-Bürgern. Aufgrund des Wohlstandsgefälles zwischen den Herkunftsländern und der DDR trugen einige der fremden Arbeiter marktwirtschaftliche Elemente in die Betriebe und Kaufhallen. Sie sahen ihren Aufenthalt als begrenzt an, während dieser Zeit wollten sie ihre Familien nach Möglichkeit unterstützen. Wer dies Ziel verfolgte, versuchte über hohe Normerfüllung auch ein hohes Einkommen zu erzielen. Das im Vergleich bessere Warenangebot der DDR lohnte solche Anstrengungen. In Thüringen kam es aufgrund dieses Mechanismus zu Beginn der achtziger Jahre zu einem Überfall einheimischer Jugendlicher auf ein Wohnheim, in dem Vietnamesen lebten, die die Vertragsarbeiter – laut FDGB-Bericht – von weiterer zu hoher Normerfüllung abhalten wollten.<sup>44</sup>

Ein weiteres Konfliktfeld war das Konsumverhalten mancher Vertragsarbeiter: Die Reglementierungen des Lohntransfers machten es attraktiv, vom Lohn Konsumgüter zu kaufen, die im Heimatland einen hohen Wiederverkaufswert erzielen würden. Der Ankauf von Waren bestimmte schnell die Sicht des MfS und auch manches DDR-Bürgers. Sie sprachen von ›kriminellen Gruppierungen‹ und ›spekulativem‹ Handel mit Elektrogeräten. Die offizielle Kritik erwartete mehr Begeisterung der Vertragsarbeiter für Sprachkurse, Fortbildung und das erstellte Sport- und Kulturprogramm. Doch eine berufliche Qualifikation ergab für die meisten Vietnamesen keinen Sinn, da sie zu Hause nur Arbeitslosigkeit erwartete. Und ihre Freizeit nutzten sie zu Besuchen untereinander oder zu lukrativer Nebentätigkeit. Gefragt waren unter den DDR-Bürgern die von Vietnamesen genähten Jeans, die das Kleidungsangebot bereicherten, doch die Stasi beklagte nur das Streben nach dem »Besitz eines bestimmten Mehrgeldbetrages«. <sup>45</sup> Als Wertanlagen, die es in die Heimat zu schicken galt, waren Fahrräder und Mopeds begehrt. Aufgrund ihrer anderen Ernährungsgewohnheiten konkurrierten sie mit den DDR-Bürgern auch um mangelnde Lebensmittel wie Reis. Mit der Zuspitzung der Versorgungskrise in der DDR Ende der achtziger Jahre hielten die Schlagworte ›Schmuggel‹ und ›Warenabkauf‹ durch Ausländer Einzug in die gesteuerten DDR-Medien, versuchte die SED doch auf diesem Wege von ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik abzulenken. <sup>46</sup>

Dennoch kam es zwischen Vertragsarbeitern und DDR-Bürger zu privaten Kontakten und Beziehungen. Aussagen über die Quantität und die Intensität dieser Kontakte sind schwer zu treffen, da bisher meist nur isolierte Berichte von Zeitzeugen vorliegen. Einzig die Arbeit von Almut Riedel zur Wahrnehmung des DDR-Aufenthalts und der Kontakte zu DDR-Bürgern durch algerische Ver-

<sup>44</sup> Vgl. Eva-Maria Elsner, *Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR 1949–1990. Darstellung und Dokumente*, Rostock 1994, S. 56.

<sup>45</sup> Zitiert in Michael Feige, *Vietnamesische Studenten und Arbeiter in der DDR und ihre Beobachtung durch das MfS*, Magdeburg 1999, S. 85, S. 69.

<sup>46</sup> Stach/Hussain, *Ausländer in der DDR* (Anm. 24), S. 18f.

tragsarbeiter bildet hier eine Ausnahme.<sup>47</sup>

Schließen Vertragsarbeiter außerhalb des Wohnheims, wurde dies gemeldet. Entdeckten die Behörden eine Liebesbeziehung oder wollten die Betroffenen heiraten, so entstand ein die Nerven belastendes Tauziehen. Für die Heirat benötigte das Paar das Einverständnis beider Staaten. Vietnam ging gegen Ende der achtziger Jahre dazu über, von seinen Vertragsarbeitern ein dem Qualifikationsgrad entsprechendes Lösegeld zu fordern, wenn diese in der DDR bleiben wollten. Sonst drohte ihnen die Rückführung ins Heimatland.<sup>48</sup>

Ein besonders heikles Thema waren Schwangerschaften: Nur polnische Frauen durften in der DDR entbinden, während sonst die Alternative von Abtreibung oder Zwangsrückkehr galt. Erst in den letzten beiden Jahren der DDR bemühten sich die DDR-Behörden um Einvernehmen mit den Schwangeren. Viele Beziehungen scheiterten an der staatlichen Willkür, manche deutsche Frau verleugnete gar den ausländischen Vater ihres Kindes, um diesem Schwierigkeiten nach der Rückkehr ins Heimatland zu ersparen.

Wenngleich dieser staatliche Druck auf binationale Beziehungen Ausdruck der generellen Politisierung eines jeden Auslandskontakts war: De facto bestätigte er bestehende rassistische Vorbehalte. Ein unbefangenes Verhältnis zu den Vertragsarbeitern zu entwickeln war unter den Verhältnissen der DDR schwer, wenn nicht unmöglich. So wurde deren Bild zunehmend von der Versorgungskrise bestimmt, die Vertragsarbeiter wurden zu Sündenböcken für die Mangel- und Misstrauensgesellschaft der späten DDR.<sup>49</sup>

## Fazit

Für alle Ausländergruppen in der DDR galt, dass sie im SED-Staat eine äußere wie innere Mehrdeutigkeit durch den ihnen gewährten Aufenthaltsstatus erfuhren. Dies vertrug sich schlecht mit der letztlich doch vorherrschenden nationalen Orientierung und dem eingegrenzten Lebenshorizont der DDR-Gesellschaft. Trotz der Lehre vom ›proletarischen Internationalismus‹ waren Ausländer keine gleichberechtigten Mitglieder einer transnational gedachten sozialistischen, sondern geduldete Gäs-

<sup>47</sup> Vgl. Almut Riedel, *Erfahrungen algerischer Arbeitsmigranten in der DDR. »Hatten och Chancen ehrlich«*, Opladen 1994. Vgl. allgemein Marianne Krüger-Potratz, *Anderssein gab es nicht: Ausländer und Minderheiten in der DDR*. Mit Beiträgen von Dirk Jasper und Georg Hansen, Münster 1991.

<sup>48</sup> Vgl. Feige, *Vietnamesische Studenten und Arbeiter* (Anm. 45), S. 83, S. 108-121.

<sup>49</sup> Vgl. Dennis Kuck, »Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat«? – Ausländische Vertragsarbeitskräfte in der DDR, in: Behrends/Lindenberger/Poutrus, *Fremde und Fremd-Sein* (Anm. 6), S. 271-281.

te einer national definierten deutschen Gemeinschaft in der DDR. Es zeichnete sie – sowohl in ihrer Selbstdefinition als auch in der Wahrnehmung durch den SED-Staat und die DDR-Bevölkerung – eine »Mehrfachcodierung von personaler Identität«<sup>50</sup> aus, die sie zu einer Randgruppe in der nationalen Gemeinschaft von DDR-Deutschen machte. Die notwendige Folge waren Konflikte, in denen sich die Ausländer in einer institutionell abhängigen und somit schwachen und letztlich gefährdeten Position befanden. Damit ist die Geschichte der Ausländer in der DDR ein Beleg für die These, dass in der DDR sowohl die gesellschaftliche Stellung ›Fremder‹ als auch der Umgang der herrschenden SED mit ihnen prekär und ambivalent waren, was für eine nachfolgende demokratische Gesellschaft eine erhebliche Hypothek darstellen musste.<sup>51</sup>

<sup>50</sup> Elisabeth Bronfen/Benjamin Marius, *Hybride Kulturen*. Einleitung zur anglo-amerikanischen Multikulturalismusdebatte, in: dies./Therese Steffen, *Hybride Kulturen. Beiträge zur anglo-amerikanischen Multikulturalismusdebatte*, Tübingen 1997, S. 1-29, hier S. 7.

<sup>51</sup> Jan C. Behrends/Dennis Kuck/Patrice G. Poutrus, *Fremd-Sein in der staatssozialistischen Diktatur. Zu historischen Ursachen von Fremdenfeindlichkeit und rassistischer Gewalt in den neuen Bundesländern*, in: Susan Arndt (Hg.), *Afrikabilder. Studien zu Rassismus in Deutschland*, Münster 2001, S. 184-204.